

# ISOR aktuell

Nr. 1/98 ★ Infopreis: 0,00 DM ★ Spenden willkommen ★ Januar 1998

Mitteilungsblatt  
der Initiativegemeinschaft  
zum Schutz der sozialen Rechte  
ehemaliger Angehöriger  
bewaffneter Organe und  
der Zollverwaltung der DDR e.V.

## Diskriminierung von DDR-Bürgern beenden!

Am 5. und 6. Dezember 1997 veranstalteten die GBM und das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden, dem auch ISOR e. V. angehört, in Berlin eine zweitägige Antidiskriminierungskonferenz unter internationaler Beteiligung.

Vertreter aus TIG und dem ISOR-Vorstand besuchten die Veranstaltungen der Konferenz und warben im Vorraum des Konferenzsaales für die Ziele unseres Vereins.

Die Konferenz reihte sich ein in eine Vielzahl von Initiativen des Ostdeutschen Kuratoriums im Jahre 1997, zu denen z. B. der Ostdeutsche Kongreß im Mai und die Protestveranstaltung gegen die sogenannte Rentenreform am 7. Oktober gehörten. Sie hatte sich das Ziel gesetzt, national und international Gegenwehr zu mobilisieren und die im Ostdeutschen Kuratorium zusammengeschlossenen Verbände zu aktivieren, „den Bürgerunmut über in diesem Staat Erlebtes, über Diskriminierung und Perspektivlosigkeit in aktives gemeinsames Handeln“ umzusetzen, wie es Hans Modrow in seinem Konferenzbeitrag treffend formulierte.

Die Vielseitigkeit der gehaltenen Beiträge gab ein umfassendes Bild über die gegenwärtigen Diskriminierungen in Deutschland, besonders im Osten, zugleich aber auch eine Vielzahl von Beispielen dafür, mit welcher Beharrlichkeit und Optimismus auf den unterschiedlichsten Gebieten des gesellschaftlichen und privaten Lebens für die Beseitigung der Diskriminierung ehemaliger DDR-Bürger gekämpft wird.

Einiges möge das verdeutlichen:

■ Workshops fanden statt zu den Berufsverboten, zur politischen Strafverfolgung, zu Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, zur Diskriminierung Behinderter und zum Renten- und Versorgungsrecht. Dazu hatten sich bekannte Persönlichkeiten als Moderatoren bereit erklärt, wie z. B. Rechtsanwalt Dr. Friedrich Wolff, Dr. Fritz Rösel sowie Brigitte Erler und Horst Bethge aus

den alten Bundesländern.

■ Die Vielseitigkeit der Themen und die Internationalität der Konferenz zeigten sich auch darin, daß mit Pierre Kaldor und N. Albala Vertreter der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen und mit dem tschechischen Parlamentsabgeordneten Andrejsek, Vertreter einer antifaschistischen Vereinigung, zu Wort kamen.

### Zitat des Monats:

„Man unterstellt denen, die in der DDR Verantwortung trugen, daß man ihnen in dem neuen vereinigten demokratischen Staat kein Vertrauen schenken kann. Aber ich persönlich glaube, daß die Zeugen eines Versuchs, eine andere Gesellschaft als die kapitalistische zu schaffen, ausgeschaltet werden sollen.“

Pierre Kaldor,  
französischer Rechtsanwalt  
im ND am 8.12.1997

■ Sachkundige und zum Teil leidenschaftlich vorgetragene Beiträge kamen von Dr. Friedrich Wolff und Rechtsanwalt Dammann gemeinsam mit der von ihm anwaltlich betreuten Dorothea Voigt, die 15 Jahre in der Altbundesrepublik Deutschland gegen das Berufsverbot als Lehrerin kämpfte – und das erfolgreich! –, von Vertretern der Wissenschaft und Politik mit Prof. Dr. Vilmar, Prof. Dr. Elm, Prof. Dr. Steiniger, Prof. Dr. Schirmer im Auftrage von Prof. Dr. Uwe-Jens-Heuer wie auch von Frau Drechsler vom Arbeitslosenverband und Herrn Dr. Heinik vom Behindertenverband. Die politische Strafverfolgung schilderten am eigenen Beispiel Generaloberst a. D. Fritz Streletz, der Vertreter der „Initiative Kundschafter für den Frie-

den“, K. v. Raussendorf und der Lehrer R. Volkmer aus Berlin-Friedrichshain.

Wie ein roter Faden zog sich durch die gut besuchten Veranstaltungen der Gedanke der Solidarität mit allen Betroffenen, aber auch das erstarkende Selbstvertrauen und der Mut zum Widerstand gegen bestehende Ungerechtigkeiten und gegen die immer noch vorhandene Resignation bzw. Skepsis. Ein bewegendes Ereignis der Konferenz war die Verleihung des Menschenrechtspreises 1997 der GBM durch ihren Präsidenten, Prof. Dr. Wolfgang Richter, an den französischen Rechtsanwalt und Sprecher des französischen Komitees gegen Berufsverbote in der BRD, Pierre Kaldor.

Für uns als ISOR-Mitglieder verdeutlichte diese Konferenz, daß sich unsere ständigen Bemühungen zur endgültigen und umfassenden Beseitigung des Renten- und Versorgungsrechts als Teil des Widerstandes gegen die Diskriminierung von ehemaligen DDR-Bürgern verstehen. Die von Diskriminierung Betroffenen sollten alle rechtlichen Möglichkeiten bis hin zur UNO-Menschenrechtskommission und dem Europäischen Gerichtshof in Strasbourg nutzen und mit eigenen Aktivitäten nationale und internationale Unterstützung wecken.

Gemeinsam mit den anderen im Ostdeutschen Kuratorium zusammengeschlossenen Verbänden müssen wir beharrlich, optimistisch und mit Konsequenz unsere Anstrengungen fortsetzen.

Dr. Gerhard Dylla



## Die Solidarität lebt

ISOR e.V. hat z.Zt. in Haft befindlichen ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR und ehemaligen Kundschaftern Grüße, verbunden mit einem kleinen Präsent, übermittelt. Inzwischen haben viele von ihnen, u.a. Heinz Keßler, Armeegeneral a.D., Klaus Baumgarten, Generaloberst a.D., Karl Leonhardt, Generalleutnant a.D. sowie der ehemalige Kundschafter Klaus Kuron auf die Grüße reagiert. Sie danken auf diesem Wege für die Solidaritätsbeweise, auch für die zahlreichen Grüße, die sie von TIG, Mitgliedern und Sympathisanten erhielten. Sie übermittelten zugleich die herzlichsten Glückwünsche an die Mitglieder von ISOR, verbunden mit dem Wunsch für Erfolg im Kampf um soziale Gerechtigkeit.

Der Vorstand dankt für die guten Wünsche zum Jahreswechsel, die zahlreich von Mitgliedern, TIG und Freunden des Vereins übermittelt wurden.

**A**m 13. Dezember fand in Berlin eine zentrale Beratung von Vorstand und Beirat zur weiteren Stärkung des Vereins und Möglichkeiten der Entwicklung eines interessanten Vereinslebens statt.

Über den Stand und die weiteren Aufgaben des politischen Kampfes gegen das Rentenstrafrecht und Versorgungsunrecht berichtete der Leiter der Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit, Erwin Bach. Einen Bericht über den Stand der Auseinandersetzung auf dem Rechtsweg nahm die Versammlung von Wolfgang Edelmann entgegen. Der Kassenverwalter Werner Zimmermann konnte einschätzen,

### Der Vorstand teilt mit:

daß aufgrund der solidarischen Haltung des größten Teils der Mitglieder, die sich in der Einlösung ihrer Bereitschaftserklärungen äußert, der Verein in der Lage ist, verstärkt finanzielle Mittel für die Gestaltung des Vereinslebens einzusetzen. Das führt u. a. dazu, daß für 1998 die Vorgaben für die Verfügungsfonds der TIG wegfallen und sie vollständig und eigenverantwortlich über die 15% ihrer Beitragseinnahmen verfügen können.



**D**ie AG Öffentlichkeitsarbeit wertete den bisherigen Stand der Herbstaktivitäten im weiteren Einfordern von Rentengerechtigkeit für alle. Viele ehemalige Angehörige der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR solidarisierten sich in Gruppenbriefen an den Petitionsausschuß mit den weiterhin von Rentenkürzungen auf 0,7 oder 1,0 Betroffenen und forderten zugleich die Nachzahlung der ihnen selbst bisher vorenthaltenen Rententeile.

Ehem. Angehörige des MfS/AfNS setzten durch, daß der Petitionsausschuß nach anfänglichem Versuch der Ablehnung „vor dem Hintergrund der mit dem AAÜG-ÄndG veränderten Rechtslage“ ihre Petitionen als „erneute Petition“ aufarbeitete und überschritten Ende Dezember die Petitionsnummer 2.020. Proteste gegen das Weiterbestehen von 1,0 lagen Anfang Dezember bei der Petitionsnummer 675.

Der Umfang der Petitionen insgesamt liegt jedoch höher. Vielfach wurden die alten Petitionsnummern weiterverwandt oder Petitionen werden (ab November) „zuständigkeitshalber dem Ausschuß für Arbeit“ zugeleitet, da dort „neue Anträge zur Beratung vorliegen“.

Die Ergebnisse von Oktober bis Anfang Dezember stellen erst den Anfang des Protestes dar. Kritisch wurde bemerkt, daß noch nicht in allen TIG die Aktivitäten angelaufen sind, mit denen der herrschenden Politik deutlich gemacht werden muß, daß der Kampf um Rentengerechtigkeit erst zu Ende ist, wenn das Rentenstrafrecht nicht nur durch kosmetische Veränderungen eingeschränkt, sondern restlos beseitigt ist. Noch ist es auch nicht in allen Köpfen, daß es von jedem einzelnen mit abhängt, deutlich zu machen, daß wir nicht bereit sind, als

Spielmasse der Politik zu dienen. Bei allem positiven Anfangsergebnis besteht also weiter hoher Handlungsbedarf.

Zugleich zwingt die Hartnäckigkeit der Verteidiger des Rentenstrafrechts dazu, auch weiterhin internationale Menschenrechtsinstitutionen über bestehendes Unrecht durch das Rentenstrafrecht zu informieren. Das ist auch deshalb erforderlich, weil die Regierung zu täuschen versucht, mit dem AAÜG-ÄndG sei ja jetzt alles geregelt. Das muß widerlegt und nachgewiesen werden, was an Rentenstrafrecht weiterbesteht. Damit muß das UNO-Zentrum für Menschenrechte in die Lage

versetzt werden, es gegenüber dieser Täuschung besser zu wissen!

Die Beiratsmitglieder erhielten für die Vertiefung dieser Aktivitäten durch den Erfahrungsaustausch neue Anregungen.

Auf vielfache Anfrage noch einmal die volle UNO-Adresse:

**UNO Zentrum für Menschenrechte  
CH - 1211 Genf 10**



**I**n der Diskussion wurde die Notwendigkeit bekräftigt, bereits jetzt mit der Vorbereitung von Aktionen für die Zeit nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu beginnen, um keine verschleppende Umsetzung der Entscheidung des BVerfG durch die Politik zuzulassen.



**D**er Vorstand spricht dem aus seiner Funktion ausgeschiedenen langjährigen TIG-Vorsitzenden der TIG Gera, Albert Oehme seinen Dank aus und verbindet dies mit den besten Wünschen.

## Internationaler Protest

Wie uns von einem Mitglied mitgeteilt wurde, hat der Veteranenrat der Kiewer Stadtorganisation der Kriegsveteranen ein Protestschreiben an das UNO-Zentrum für Menschenrechte Genf gesandt, mit dem er gegen die anhaltende Diskriminierung und globale Bestrafung ehemaliger Hoheitsträger der DDR und Angehöriger des MfS durch Rentenkapppung protestiert.

In dem Schreiben wird das UNO Zentrum für Menschenrechte aufgefordert, gegenüber der BRD-Regierung im Sinne der Beseitigung dieses Unrechts wirksam zu werden.



### Aus der Postmappe

Als Oberleutnant der VP a.D. habe ich meinen endgültigen Rentenbescheid erhalten. Ich richte meinen Protest gegen die Benachteiligung der ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS und die noch fehlende Nachzahlung von 1992 bis zum 31.12.1996. Ich fordere die Bundesregierung auf, das uns zustehende Geld auszus zahlen. Hierzu hat das Rechtsanwaltsbüro Bleiberg und Schippert meinen Auftrag. Ich möchte alle ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR auffordern, mit ihrem Eintritt in ISOR ihre Solidarität gegenüber den noch Benachteiligten zu bekunden. Nur durch unsere gemeinsame Kraft und mit der Unterstützung unseres Rechtsanwaltsbüros können wir es schaffen, die Regierung zur Einsicht zu zwingen. Ich habe bereits in einem Brief an das UNO Zentrum für Menschenrechte in Genf sowie an die Regierung meinen Protest zum Ausdruck gebracht.

**„Nur gemeinsam sind wir stark –  
Solidarität jetzt erst recht“**

Günter Riecke, Magdeburg



Aus „direkt“, Info-Dienst der IG Metall Nr. 23/97

## Aus dem Vereinsleben

### Kräfte bündeln

Auf Einladung der TIG Bitterfeld nahmen die Vorstände der TIG Gräfenhainichen und Wittenberg an einer Zusammenkunft mit Familienangehörigen teil. Damit wurde ein bereits von allen Seiten angedachter Schritt zur Herstellung engerer Beziehungen zwischen den TIG vollzogen. Die gemütliche Kaffeerunde war dazu angehtan, eine kurze Wertung der Arbeit durch alle TIG-Vertreter zu treffen und Standpunkte für künftiges Handeln zu erarbeiten.

Schwerpunkte bildeten dabei die erforderlichen Schritte gegen das noch bestehende Rentenstrafrecht durch den Versand der Petitionen der noch Betroffenen, die Gewinnung von noch Abseitsstehenden, die Nutzung von Möglichkeiten zur Erhöhung der Wirksamkeit in der Öffentlichkeit und die Gestaltung eines ansprechenden Vereinslebens auch in Zusammenarbeit mit benachbarten TIG.

Die Wertung für weitere Wege zur vollen Beseitigung des Rentenstrafrechts erfolgte anhand vorliegender Antworten auf Petitionen. Die Vorstellung der Abgeordneten kandidaten bietet Möglichkeiten der Abforderung ihrer Standpunkte mit dem damit verbundenen Wählerentscheid.

Die TIG-Vorstände werden jetzt in eigener Zuständigkeit über weitere Möglichkeiten für gemeinsames Handeln beraten. Genannt wurde auch die Einbeziehung der TIG Dessau sowie das Wirken in Stützpunkten im jeweiligen Territorium.

*Die TIG-Vorstände Bitterfeld und Gräfenhainichen*



### Beispielhafte Initiativen

Über das Vereinsleben in der TIG Hoyerswerda berichtete der stellv. TIG-Vorsitzende Rolf Körner:

*„Der Vorstand der TIG organisierte Ende Oktober für Mitglieder und Gäste ein Treffen mit Prof. Heinrich Fink. Der Wissenschaftler verstand es in eindrucksvoller Weise, ausgehend von der Erfurter Erklärung, Schwächen und Grenzen der gegenwärtigen Politik aufzuzeigen sowie Bereitschaft zum Kampf um Veränderungen zu wecken. Nach seiner Überzeugung als Christ habe die regierende Christlich Demokratische Union weder etwas mit christlichen noch mit demokratischen Werten gemein. Seine Empfehlung an uns als ISOR-Mitglieder war ein eindeutiges solidarisches Weiterkämpfen.*

*Zu einem weiteren Höhepunkt gestaltete sich auch der Besuch des Oberbürgermeisters (PDS) von Hoyerswerda in der Versammlung der TIG im November. Seine interessanten Ausführungen über politische Aspekte und die Entwick-*

## Mit Gottes Segen . . .

Der Vorsitzende der TIG Berlin-Pankow, Horst Liske, informierte uns, daß er im November 1997 einen hochrangigen kirchlichen Würdenträger aus Rheinland-Pfalz kennenlernte und die Gelegenheit wahrnahm, ihn mit den Bemühungen von ISOR e.V. um die restlose Beseitigung des Rentenstrafrechts bekannt zu machen. Der Gesprächspartner wußte zunächst mit dem Begriff „Rentenstrafrecht“ nichts anzufangen, zeigte sich dann aber recht betroffen, daß es in dem „Rechtsstaat“ Bundesrepublik Deutschland eine Bundestagsmehrheit für rechtens hält, politische Gegner durch Rentenkürzung zu bestrafen. Freimütig bekannte er, bis zu diesem Gespräch überhaupt keine Kenntnis davon gehabt zu haben, daß es so etwas in großem Umfang gegeben hat und für einen begrenzten Personenkreis auch heute noch gibt. Sicherlich liege das an der regionalen Ferne von Rheinland-Pfalz zu den neuen Bundesländern, daß man in seiner Heimat nichts darüber weiß.

Er begrüße es, daß es den Verein ISOR gibt, von dem er zum ersten Mal gehört habe, der auf der Basis des Grundgesetzes soziale Gleichstellung für die ehemals bewaffneten Staatsdiener der DDR einklagt und meinte am Ende des Gesprächs: „Ich wünsche Ihnen Gottes Segen und Erfolg bei Ihren Bemühungen, sowohl die Politiker zum Umdenken zu bewegen, als auch vor dem Bundesverfassungsgericht.“

*lung von Hoyerswerda im nächsten Jahrzehnt deckten die Informationsinteressen unserer Mitglieder und förderten das Zugehörigkeitsgefühl zu ihrer Stadt. Dieses Treffen verdeutlichte, daß nur die PDS bereit ist, sich den Fragen der ISOR-Mitglieder zu stellen, während die sogenannten Volksvertreter der CDU und SPD unter fadenscheinigen Begründungen stets nur Ablehnungen zu unseren Interessen bekundeten und Einladungen ausschlugen.*

*Beide Veranstaltungen waren eine gelungene Bereicherung unseres Vereinslebens, das uns wiederum dazu ermutigte, Petitionen gegen die weitere Verlängerung der sogenannten Verjährungsfristen der Regierungs- und Vereinigungskriminalität an den Petitionsausschuß und den Rechtsausschuß des Bundestages sowie an die Landesregierung Thüringen als Initiator der Verlängerung der Verjährungsfrist zu senden. Mitglieder unserer TIG versicherten z. Zt. Inhaftierten unserer vollen Solidarität und übermittelten alles Gute zum Jahreswechsel. . .“*



Der Vorstand der TIG Plauen/Oelsnitz erinnerte im Dezember in einem Brief an die Mitglieder an den Tag der Menschenrechte und verband dies mit dem Aufruf zur Solidarität mit allen Opfern politischer Verfolgung. Er dankte auch für die erwiesene tätige Solidarität durch Unterstützung einer Unterschriftenaktion gegen die Verurteilung von Angehörigen der Grenztruppen und NVA.



Auf der Versammlung der TIG Aschersleben unterbreitete der Vorstand seinen Mitgliedern ein Arbeitsprogramm für 1998, in dem es u. a. heißt:

*„Unsere TIG hat sich seit 1991 kontinuierlich und stabil entwickelt. Um unsere Arbeit für und mit den Mitgliedern weiter zu beleben und unsere Gemeinschaft zu festigen, schlagen wir für das Jahr 1998 vor:*

1. Touristische Aktivitäten ( Wanderungen – Radtouren – Ausfahrten )
2. Gesellige Aktivitäten ( – Gesprächsrunden – Stammtischrunden – geselliges Beisammensein )
3. Bildung einer Arbeitsgruppe (3 Freunde) zur Hilfe und Unterstützung bei persönlichen und familiären Problemen, Sorgen und Nöte oder Schwierigkeiten sowie Nachbarschaftshilfe
4. Bildung der Interessengruppe Öffentlichkeitsarbeit zur – Aktivierung der Darstellung unserer Ziele und Standpunkte ...“

An der TIG-Versammlung nahmen auch Vertreter benachbarter TIG teil.



Der Vorstand der TIG Guben unterbreitete den Mitgliedern Maßnahmen des Vereinslebens für das erste Halbjahr 1998, so u. a. Stammtische über Heimatgeschichtliches, über Eurostadt Guben, ein Gespräch mit Politikern in Vorbereitung auf die Wahlen, sowie eine Radwanderung und eine Fußwanderung und ein gemütliches Beisammensein anlässlich 5 Jahre TIG.



In seinem Mitteilungsblatt informiert der Vorstand der TIG Chemnitz über die erfolgreiche Strukturierung der TIG in vier Untergruppen und verbindet damit die Gewißheit, daß die kleineren Struktureinheiten in der Lage sind, eine verbesserte soziale Betreuung zu gewährleisten, eine breite kulturelle Vereinsarbeit zu entwickeln, die Bindung zu den Mitgliedern intensiver zu gestalten und die Mitglieder bei ihrem Protest zu unterstützen.

Der Prozeß der Bildung von Untergruppen hat gezeigt, daß viele Mitglieder bereit sind, Funktionen zu übernehmen.

Am 9. Dezember hat die TIG eine Weihnachtsfeier für die Frauen durchgeführt.

### Herzlichen Glückwunsch!

Die Rechtsanwälte Benno Bleiberg und Mark Schippert sind vom Kammergericht Berlin zu Notaren bestellt worden.

Wir gratulieren herzlich zu dieser offiziellen Anerkennung der Leistung und Vertrauenswürdigkeit der Anwälte.

## Dank der Anwälte

Nach dem mit dem AAÜG-ÄndG erreichten Teilerfolg erreichen die Rechtsanwälte Bleiberg und Schippert zahlreiche Briefe von Mandanten. In diesen wird mit der Information über die pünktlich bezahlte Rechnung der herzliche Dank für die im Kampf gegen das Rentenstrafrecht insgesamt sowie im Einzelfall geleistete Arbeit ausgesprochen. Da es ihnen im Interesse der zügigen Fortführung der Verfahren nicht möglich ist, darauf im Einzelnen zu antworten, möchten die Anwälte auf diesem Wege für die freundlichen Worte und die zuverlässige Bezahlung herzlich danken. Diesen Dank verbinden sie mit zuversichtlichen Erwartungen an die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Sie sichern auf diesem Wege zu, daß Sie uns auch bis zu deren Umsetzung begleiten werden.

### Lesenswert ...

ist ein beim **Spotless-Verlag** erschienenenes Büchlein mit dem Titel: „Ich war beim MfS“.

Geschrieben von Hans Hesse, Jahrgang 1923, ist es nicht nur lesens- sondern auch bemerkenswert, und das aus verschiedenen Gründen.

Die Einführung bringt es sofort auf den Punkt: „Ein Mann macht keinen Hehl aus seiner Vergangenheit: »Ich habe beim Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet«.

*Der Mann ist mutig, denn seit 1990 gelten alle, die im Dienste der Staatssicherheit standen, als Übeltäter schlechthin. Schon Skepsis gegenüber dieser Praxis zu bekunden, ist gefährlich.“*

Damit ist aus meiner Sicht die Notwendigkeit zur Veröffentlichung solcher Lebensberichte ausreichend begründet.

Der Autor ist um Sachlichkeit bemüht, sowohl was seine Tätigkeit selbst, als auch die sich daraus ergebenden Emotionen betrifft und wirkt deshalb überzeugend – vorausgesetzt, man geht ohne Vorbehalte an die Schrift heran.

Der Mittelteil des Büchleins enthält auf 33 Seiten eine hochinteressante Dokumentation von Klaus Huhn über Veröffentlichungen des SPIEGEL zu geheimdienstlichen und subversiven Tätigkeiten vom Territorium der BRD und Westberlin aus gegen die DDR.

Bezogen werden kann dieses Büchlein zum Preis von 9,90 DM direkt beim Spotless-Verlag, Weydinger Str. 14-16, 10178 Berlin oder beim Buchhandel – ISBN - 3 928 999 - 85 - 0

Dr. Peter Fricker

## Die AG Recht informiert

Die Rechtsanwälte haben gebeten, über Folgendes zu informieren:

Obgleich die große Mehrzahl der Renten nach dem AAÜG-ÄndG neu berechnet wurde, warten immer noch eine Anzahl unserer Mitglieder auf die höhere Rente und Nachzahlung. Ursache ist vielfach die fehlerhafte Übermittlung der Daten des Änderungsbescheides an die BfA. Deshalb wird den noch Wartenden empfohlen, eine Kopie des Änderungsbescheides nach AAÜG-ÄndG der BfA mit der Erinnerung zu übersenden, die Rente umgehend neu zu berechnen. Sollte die Neuberechnung dann nicht im Verlaufe von zwei Monaten erfolgen, sind die Anwälte bereit, auf Bitten des jeweils Betroffenen zur Klärung der Ursachen und zur Beschleunigung des Verfahrens bei der BfA beizutragen.



### Alle Feuerwehrleute von Kürzung ausgenommen

„(Ba) In einem mit Rechtsschutz des BRH geführten Verfahren hat das Bundessozialgericht (BSG) eine Entscheidung der Vorinstanzen bestätigt und die Kürzung der Rente bei einem ehemaligen Angehörigen der Berufsfeuerwehr der DDR für unzulässig erklärt ...

Es ging um die Auslegung der §§ 5, 6 AAÜG in ihrer früheren Fassung. Danach waren die Kürzungsvorschriften auf „Angehörige der Berufsfeuerwehr“ für Zeiten der Zugehörigkeit zu dem Sonderversorgungssystem Polizei/Feuerwehr/Strafvollzug nicht anwendbar ...

Mit den Vorinstanzen verwies das BSG auf den eindeutigen Wortlaut. Wenn der Gesetzgeber anderes habe regeln wollen, dann hätte er es in das Gesetz hineinschreiben müssen. So aber seien alle ehemals hauptberuflich bei der Feuerwehr Tätige von der Kürzung ausgenommen, erklärte der Vorsitzende im Anschluß an die mündliche Verhandlung. Die schriftliche Begründung des Urteils liegt noch nicht vor. Sie wird in etwa zwei bis drei Monaten verfügbar sein (Az.: 4 RA 43/97)“.

(„Im Ruhestand“, BRH-Mitteilungsblatt 12/97)

### Von Mitglied zu Mitglied

Ferienwohnung und Ferienzimmer in der Sächsischen Schweiz  
Tel: 03 50 22 / 4 04 74



Gemütlicher Ferienbungalow in Oranienburg  
2 Zi./3 Betten/Kü./Heizg.  
Tel. 0 33 01 / 53 03 59

*Der Vorstand dankt allen Spendern, die mit ihrer Zuwendung das Wirken der ISOR im Kampf um Rentengerechtigkeit und Beseitigung des Rentenstrafrechts unterstützen.*



**Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder**

CHRISTA BAUMANN, Chemnitz  
HANS CORSING, Berlin-Lichtenberg  
ROLF FISCHER, Eilenburg  
CARL-HEINZ GENKEL, Stralsund  
CHARLOTTE GOHLKE, Potsdam-Waldstadt  
HANNELORE JOHN, Kyritz  
MANFRED KAULY, Cottbus  
FRED KLEPZIG, Berlin-Treptow  
HORST KUROWSKI, Gotha  
GERTRUD LEHMANN, Cottbus  
WERNER LINDNER, Annaberg-Buchholz  
HERMANN LÜTH, Wismar  
GERHARD MÖBIUS, Potsdam-Drewitz  
GERHARD NAUMANN, Berlin-Friedrichshain  
ALFRED OCH, Potsdam-Schlaatz  
GÜNTER ROGGE, Halberstadt  
SIEGMAR SCHMIDT, Neukirch  
ALBERT STAGE, Potsdam-Waldstadt  
WALTER SÜLFLOW, Schwerin  
WALTER TIEPOLD, Berlin-Hohenschönhausen  
GÜNTHER TRIEBLER, Berlin-Marzahn  
MANFRED WEICHOLD, Frankfurt/Oder  
HERBERT WESSOLLECK, Stralsund  
HERBERT WIENIGK, Cottbus

**Ehre ihrem Andenken.**

### Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Bankverbindung: Berliner Sparkasse  
Konto-Nr.: 171 302 0056, BLZ: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:

Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin  
Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat  
29 78 43 16 - Geschäftsführer  
29 78 43 17 - AG Finanzen  
29 78 43 18 - AG Öffentlichkeitsarbeit  
- „ISOR aktuell“

Fax: (030) 29 78 43 16

Post: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

Sprechstunden:

Dienstag und Mittwoch 9 bis 13 Uhr

Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Werner Wunderlich  
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.  
Druck: Druckerei Paulick, 10405 Berlin

**Nicht wegwerfen! – Weitergeben! ★ ★ ★ Nicht wegwerfen! – Weitergeben!**